

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Abdruck: Rieser Tagesblatt
Vertrauf Nr. 20.

Das Rieser Tagesblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 11390
Stroße Riesa Nr. 52.

Nr. 125.

Mittwoch, 2. Juni 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Wiedereintritts von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Kellamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabelartiger Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Abrechnung der Zeitung oder auf Nachzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Panger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Polen hat seinen Staatspräsidenten.

Der Ausgang der zweiten Wahl des polnischen Staatspräsidenten zeigt, daß der Schritt Pilsudski immerhin ein gewisses Experiment war. Wie anzunehmen, hat seine Verehrerklärung bei den Parteien, die seinen Staatsstreich bisher stützten, mehr als unangenehme Empfindungen ausgedrückt. Diese Mißstimmung äußerte sich ganz besonders in der Haltung der Sozialdemokraten, die den Entschluß faßten, beim zweiten Wahlgang nicht der Person, die Pilsudski zum Präsidenten vorgeschlagen hatte, ihre Stimme zu leisten, sondern einem eigenen Vertrauensmann. Gätten sie sich nicht im Verlauf der Wahl eines besseren besonnen und ihren Entschluß wieder umgeworfen, wer weiß, ob der jetzt gewählte polnische Staatspräsident, Moscicki, die Mehrheit gefunden hätte. Denn der neue Präsident erhielt bei der ersten Stimmabgabe nur wenige Stimmen mehr als der Kandidat, den die Oppositionsparteien der Rechte präferiert hatten. Der neugewählte Präsident ist politisch ein unbeschriebenes Blatt. Im Jahre 1867 in Kongreß-Polen geboren, studierte er später in Riga und Warschau Chemie. In seinen Studentenjahren schloß er sich den Kreisen seines Heimatlandes an, die für die Befreiung Polens vom russischen Joch eintraten und im übrigen starke sozialdemokratische Tendenzen verfolgten. Wegen seiner Betätigung im Lager dieser russlandfeindlichen Elemente wurde er schließlich im Jahre 1892 von der Petersburger Regierung ausgewiesen. Die ersten Jahre seiner Verbannung verbrachte er in London. Im Jahre 1897 erhielt er einen Ruf als Assistent an die Schweizer Universität Freiburg. Dann holte ihn sich die Unversität in London. Er wurde dort 1912 Professor der Chemie. Nach dem Umsturz in Polen lehrte er in sein Heimatland zurück und widmete sich der Organisation und dem Aufbau des Wirtschaftslebens in seinem Lande. Am Augenblick seiner Wahl zum Staatspräsidenten war er der Direktor der oberstelektischen Elektrizitätswerke in Ghorow. Wenn Moscicki auch früher sozialistische Ideen hegte und auch bereit war, für seine Weltanschauung einzutreten, so hat er sich doch in den letzten Jahren vom politischen Leben stark zurückgezogen. Das hinderte ihn jedoch nicht, mit den maßgeblichen Persönlichkeiten und den Führern seines polnischen Landes in enge persönliche Fühlung zu treten. Wie dem letzten Vizepräsidenten Barcel ist er eng befreundet. Auch mit dem Marschall Pilsudski stand er seit langem in enger persönlicher Verbindung. Pilsudski selbst schätzte die Persönlichkeit Moscicki sehr hoch ein. Im allgemeinen sehen ihn die Parteien, die ihn heute zum Oberhaupt der Nation wählen, als überzeugten Demokraten an. Auch im Lager der Rechtsparteien, seiner letzten parlamentarischen Gegner, genießt er Achtung. Denn man schätzt sein ruhiges und maßvolles Verhalten und seine Kenntnisse als Wirtschaftler, die er als Vertreter des Unternehmertums immer in den Dienst seines Vaterlandes gestellt hat. Somit kann gesagt werden, daß seine Wahl, wenn sie auch nicht alle Wirren, unter denen leidet der polnische Staatskörper leidet, befeitigt, eine gewisse Beruhigung in die Gesamtlage Polens einbringt.

Austritt der schwedischen Regierung.

Stockholm. (Funkdruck nachm. 2 Uhr.) Die Regierung hat heute dem König ihre Demission überreicht. Der König ersuchte die Minister, vorläufig die Geschäfte weiter zu führen und beantragte das Mitglied des Reichsbankdirektoriums C. G. Ekman die neue Regierung zu bilden. Stockholm. (Funkdruck.) In Verbindung mit der Regierungsvorlage betreffend die Arbeitslosenunterstützung beschloß sich der Reichstag gestern abend mit der Form, in der die Unterstützung gezahlt werden soll. Der Ausschuß hatte sich gegen die Haltung der Regierung in einem aktuellen Fall ausgesprochen. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses erhoben jedoch Einspruch gegen die Haltung der Regierung. In beiden Kammern wurde die Debatte durch Regierungsmittelglieder eingeleitet, die erklärten, daß die Regierung den Vorschlag des Ausschusses nicht billigen könne. Die erste Kammer billigte den Vorschlag des Ausschusses mit 84 gegen 50 Stimmen, die zweite Kammer mit 114 gegen 104 Stimmen. Die Regierung wird ihr Austrittsgesuch einreichen.

Die Vorgänge in Portugal.

Paris. Wie Cavas und Alfaro berichtet, ist der Präsident der Republik, Bernardino Machado zurückgetreten. Paris. Nach einer Cavasmeldung aus Lissabon haben die aufständischen Divisionen den Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung nur aus Mitgliedern gebildet werde, die außerhalb der politischen Parteien stünden. Der Arbeiterverband bereitet sich darauf vor, in die Opposition zu treten, falls eine Militär-Diktatur errichtet werden sollte. Die Gruppen der Divisionen aus dem Norden und Süden unter dem Befehl des Generals Gomes Costa marschierten auf Lissabon. Sie würden in der Umgebung der Hauptstadt bis zur Ankunft des Generals Feldlager beziehen. Die Revolutionäre haben den Senator Torres Novas und den Abgeordneten Teixeira D'Almeida sowie den Führer der republikanischen Aktion in der Kammer, Alvaro Castro, festgenommen.

Briand flieht. — Die Interpellationsdebatte vertagt.

Paris, 1. Juni. Nach der neuerlichen Erklärung Briands, daß die Regierung die Vertrauensfrage stellen werde für den Fall, daß die Kammer die sofortige Einsetzung der Interpellationsdebatte verlange, hat die Kammer den Regierungsvorschlag, die Aussprache über die Interpellationen zur Finanzpolitik zu vertagen, mit 113 gegen 147 Stimmen angenommen.

Paris, 1. Juni. In der heutigen Kammer Sitzung, der von allen Seiten größtes Interesse entgegengebracht wurde, wurde die Festlegung des Zeitpunktes der Beratung der eingebrachten Interpellationen über das Finanzprogramm der Regierung auf die Tagesordnung gesetzt. Zu Beginn der Debatte ergriff Ministerpräsident Briand das Wort und erklärte u. a., daß die Gründe, die die Regierung veranlassen, eine so ernste Debatte abzuweichen, sich vergrößert hätten. In der jetzigen Lage müsse vor allem die Autorität der Regierung unverletzt bleiben, sonst wäre es besser, ihrer Existenz ein Ende zu machen. Die Abgeordneten müßten sich als gute Franzosen aufeinander einstellen, um der Regierung zu helfen, über die schwierige Lage hinwegzukommen. Gelingen es der Regierung nicht, vorübergehend die Einigkeit herbeizuführen, dann müsse sie zurücktreten. Die beste Mitarbeit sei die der praktischen Maßnahmen und nicht die der Rederei. Die Ausführungen Briands wurden von der äußersten Rechten bis zur Mitte mit starkem Beifall aufgenommen.

Die Frankenkrisis.

Die durch den französischen Währungsverfall hervorgerufene Regierungskrisis hat sich in den letzten Tagen zuspitzt und scheint heute auf ihrem Höhepunkt angelangt zu sein. Es gibt nur zwei Wege, die zu einer Entspannung, vielleicht nur einer vorübergehenden Entspannung führen: entweder das Kabinett fällt, oder es ändert seinen politischen Kurs, indem es sich ganz auf Parteien des ehemaligen nationalen Blocks, vor allem der republikanisch-demokratischen Union, die der Regierung ihre Unterstützung angeboten hat, verläßt. Die Parteien der Rechten sind jedoch lediglich mit der Finanzpolitik Briands einverstanden, die Regierung wird also nur in finanziellen Fragen auf eine Mehrheit rechnen können, in anderen Fragen der inneren Politik, wie z. B. der Wahlreform, werden diese Parteien der Regierung die Gefolgschaft verweigern, falls die Regierung nicht ihre Haltung korrigiert, was bei der Labilität der französischen Politik übrigens nicht mehr verwunderlich wäre.

Der äußere Anlaß der Krise ist die Frage, ob während des Kampfes um den Franken eine Debatte über Finanzinterpellationen vor dem Parlament stattfinden soll, oder ob das Parlament in der Währungsfrage vor vollendeter Tatsache gestellt werden soll. Hinter diesem äußeren Anlaß verbergen sich selbstverständlich tiefere Ursachen: nicht über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit einer parlamentarischen Debatte über die Stabilisierungsfrage, sondern über die Methoden der Stabilisierung selbst geben die Meinungen im Parlament und außerhalb auch innerhalb des Kabinetts auseinander. Die linken Parteien verlangen ein vollkommenes Stabilisierungsprogramm und verhärtete Heranziehung des Westes, während die Regierung und die Parteien des nationalen Blocks der Meinung sind, daß man der Frankenkrisis ohne erhebliche äußerliche Reorganisation Herr werden könne.

Frankreich ist ein Land, in welchem vor den Augen und Ohren der Öffentlichkeit Politik mit schönen Worten und Behlen gemacht wird. In vielen Fragen mag sich die französische Öffentlichkeit damit begnügen. Schöne Worte und deren Echo genügen aber zweifellos nicht, um solche Krisen, wie die augenblickliche Währungskrise, zu beenden. Vor dem letzten Währungszusammenbruch des Franken kostete das englische Pfund 134 Franken, es fiel in rapidem Tempo auf 160, und erhobte sich dann auf „Seiten“ und Ankündigungen von Stabilisierungsmaßnahmen bis auf etwa 144 Franken für das Pfund. Damit hatte die französische Regierung einen gewissen Erfolg gehabt, die Wäfflers hatten einen Schreck bekommen, und die Interventionen der Bank von Frankreich taten ein übriges. Wie bisher freilich hatten sich auch diesmal die Maßnahmen und Ankündigungen der Regierung nur gegen die Spekulation gerichtet, während die wirklichen Ursachen der Inflation zunächst übergangen wurden. Es war zu erwarten, daß der Schlag gegen die Spekulation durch die Zentralisierung des Devisenverkehrs nur von kurzer Dauer sein konnte. Tatsächlich fiel nach einer kurzen Pause der Erholung der Frank wieder bis auf ungefähr 150, auf welchem Kurs er sich die letzte Woche über gehalten hat.

Es ist in Frankreich selbstverständlich nicht unbekannt, daß mit dem Kampf gegen die Spekulation allein eine Währung nicht stabilisiert werden kann. Nicht nur von den französischen Linksparteien, sondern auch vom Ausland, das von der französischen Regierung um Anleihen angegangen worden war, ist dabei stets betont worden, daß eine Stabilisierung, die das Uebel der Inflation an der Wurzel packt, allein erfolgreich sein kann. Voraussetzung für eine solche Stabilisierung wäre eine endliche Beendigung der Defizitwirtschaft und eine Ausgleichung des französischen

Im Anschluß hieran traten die Interpellanten in längeren Erklärungen für die sofortige Beratung ihrer Interpellationen ein, worauf die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrochen wurde.

Nach ihrer Wiederaufnahme ergriff Ministerpräsident Briand noch einmal das Wort und warnte die Kammer vor einer sofortigen Besprechung der vorliegenden Interpellationen. Darauf wurde der Antrag der Interpellation auf sofortige Besprechung ihrer Interpellationen, nach dem die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hatte, wie bereits gemeldet, mit 13 gegen 147 Stimmen bei etwa 50 Enthaltungen abgelehnt.

Paris, 1. Juni. In politischen Kreisen sieht man das Ergebnis der heutigen Abstimmung über die Vertagung der Interpellationen betreffend die Finanzlage als einen großen Erfolg für die Regierung und besonders für Ministerpräsident Briand an. In den Wandelgängen der Kammer wurde, wie Cavas berichtet, erklärt, die Regierung könne mit der Abstimmung zufrieden sein, weil unter den Abgeordneten, die für sie gestimmt hätten, trotz des Beschlusses der radikalen Fraktion, sich der Abstimmung zu enthalten, auch 35 bis 40 radikale Abgeordnete für die Regierung gestimmt hätten. Die Regierungsmehrheit betrage jetzt 113 Stimmen, sei also ungefähr die gleiche, wie die vom letzten Donnerstag. Die Opposition dagegen sei von 204 auf 147 zurückgegangen.

Haushalten. Energetische Stabilisierungsmethoden sind ohne neue steuerliche Befreiungen natürlich nicht denkbar. Die französische Wirtschaft scheint daher an der Stabilisierung des Franken vorläufig noch kein allzu großes Interesse zu haben. Sie selbst leidet unter der Inflation weniger als Öffentlichkeit und Staat. Die schlechte Währung hat auf die Industrie ungefähr die gleiche Wirkung wie eine Exportprämie und Verluste durch die Wertminderung können kaum eintreten, da die französische Wirtschaft schon seit langem dazu übergegangen ist, ihre Preise nur auf Dollar- oder Pfundbasis zu berechnen. Spekulative Geschäfte können der Wirtschaft natürlich Verluste beibringen, andererseits sind aber auch die Gewinnmöglichkeiten ziemlich groß. Man ist in französischen Wirtschaftskreisen daher der Ansicht, daß eine stärkere Beaufsichtigung des Devisenhandels und der Börsengeschäfte durch den Staat genügen wird, um allzu große Schwankungen der Währung zu vermeiden und den Kurs wenigstens ungefähr auf einem festen Stande zu halten.

Sehr viel hängt für die Regelung der Währungsfrage von der endgültigen Regelung der französischen Schulden an das Ausland ab. Vielleicht ist es nicht möglich, ein endgültiges Stabilisierungsprogramm aufzustellen, bevor das französische Schuldenproblem völlig gelöst ist. Der Standpunkt der französischen Regierung, daß in der augenblicklichen Lage eine parlamentarische Debatte nicht von besonderem Nutzen sein kann, ist also durchaus nicht völlig ungerechtfertigt.

Die Internierung Abd el Krims.

Der Führer der Rifabnen Abd el Krim ist nun von den Siegern nach Taza, einer kleinen Stadt in Marokko, transportiert worden. Seine Familie und seine engere Begleitung folgten ihm mit dem gewöhnlichen Autotransport. In Taza hat ihm der Militärkommandant ein Haus als Wohnung zur Verfügung gestellt. Ueber sein weiteres Schicksal haben sich die Franzosen und Spanier noch nicht einigen können. Wie das Journal schreibt, ist die Lösung dieser Frage nicht sehr leicht. Denn Abd el Krim ist erstens der Häuptling eines Stammes, der sich gegen den Sultan von Marokko erhoben hat. Andererseits gehört er aber der Zone an, die dem spanischen Protektorat untersteht. Und drittens hat sich Abd el Krim den Franzosen ergeben und sich ihrem Schutz anvertraut. Im übrigen legen die europäischen Truppen ihren Vornach in Marokko fort. Die Franzosen melden, daß sie nun die politischen Grenzen ihrer Einflusssphäre erreicht hätten. Auch die Spanier rücken allerdings langsam vor. Von nennenswerten Kämpfen verläutet nichts.

Neue Raufgriffe bei Letman.

Paris. Nach Meldungen aus Marokko hat die Kampfplüchtigkeit in Marokko in den letzten Tagen weiter zugenommen. Die Unzufriedenheit der Stämme ist stark gewachsen. Unter dem Oberbefehl des Bruders Abd el Krims haben starke Militärtruppen Letman angegriffen und sich der Vorherrschaft bemächtigt.

Deutsche Kriegsschiffe in Barcelona.

Barcelona. (Funkdruck.) Die deutschen Kriegsschiffe Schleswig-Holstein und Ulfah mit dem Flottenschef an Bord sind zu mehrtägigem Besuch hier eingetroffen. Die deutsche Kolonie und spanische Kreise planen eine Reihe von Festen, an denen auch der deutsche Volkshüter teilnehmen wird.

Allen voran: Radeberger Pilsner! das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: Rich. Schwabe
Riesa a. Elbe. Fernruf 48.